

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 140 (1974)

Heft: 7

Artikel: Bemerkungen zur strategischen Lage

Autor: Schuler, E.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-48807>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bemerkungen zur strategischen Lage (2)*

Oberstbrigadier E. Schuler

Zur Zukunft Europas

Der Erste Weltkrieg wurde in Europa gewonnen, der Zweite trotz Japan und China auch. In einem dritten Weltkrieg wäre Europa gleichfalls der entscheidende Kampfplatz. Das liegt daran, daß Ost- und Westeuropa zusammen mit 700 Millionen Menschen das weitaus stärkste Potential an wohl ausgebildeten Arbeitskräften in der Welt besitzen und über mehr als die Hälfte der Weltindustriekapazität verfügen, eine Kapazität, die sich allein in Osteuropa seit dem Zweiten Weltkrieg verzehnfacht hat, immer noch stark anwächst und diejenige Westeuropas um mehr als 50% übertrifft.

Zweck der Nato ist es, die Hegemonie Osteuropas über dessen westliche Gebiete zu verhindern, da mit dieser der entscheidende Schritt zur Hegemonie in der Welt gemacht wäre. Doch ist die Nato durch den Nordatlantik in zwei getrennt zu schlagende Teile gespalten. Wer glaubt, daß Westeuropa dank diesem Bündnis militärisch geschützt sei, gibt sich einer Täuschung hin, die gegebenenfalls tragische Folgen haben könnte.

Der Hauptwert der Nato liegt eher auf politischem Gebiet. Ihre effektive Wirkung ist die, daß, wer gegen einen Staat Westeuropas Krieg führt, zugleich gegen ganz Westeuropa und die USA antreten muß.

Daher haben die landesfremden Truppen in einigen westeuropäischen Ländern zur Hauptsache einen politischen Zweck zu erfüllen: das automatische und sofortige Funktionieren des Nato-Systems zu garantieren. Militärisch gesehen, vermögen sie in ihrem gegenwärtigen Umfange das europäische Kräfteverhältnis nicht wesentlich zu verändern und deshalb am Ausgang eines Krieges nichts zu ändern. Sie sind im Hinblick auf die militärische Entscheidung ohne Belang, können diese verzögern, aber nicht aufhalten und müssen wahrscheinlich bald nach Kriegsbeginn abgeschrieben werden. Zu einem wirklichen Schutz für Westeuropa würden die landesfremden Kräfte erst dann werden, wenn dank ihrer Anwesenheit eine ausgeglichene oder sogar eine für den Westen günstige Lage entstünde. Auch die Theorie des «asymmetrischen Gleichgewichtes» vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß bei den konventionellen Streitkräften das Gleichgewicht fehlt, welches nur durch eine Verdoppelung der Anstrengungen aller westlichen Mächte erreichbar wäre.

Zur Erfüllung ihres militärischen Zweckes sind die landesfremden Kräfte zu schwach, ihre politische Rolle erfolgreich zu spielen, aber stärker als nötig. Dies betrifft hauptsächlich die auf dem Festland stationierten Landstreitkräfte, welche ihrer Vernichtung kaum entgehen würden, ohne militärisch etwas Greifbares erreicht zu haben.

Da ihre konventionellen Streitkräfte in Westeuropa unzureichend sind, will die Nato-Führung, um sich trotzdem halten zu können, zu taktischen Atomwaffen greifen. Setzt der Westen nur vereinzelte taktische Waffen geringer Wirkung und nur gegen eigenes Gebiet ein, so wird er zwar dadurch nicht unbedingt einen massiven Gegenschlag auslösen, aber auch seine

Situation nicht retten. Gelingt es hingegen dem Westen, durch größere taktische und operative Nuklearwirkungen auf ostdeutsches, tschechisches und polnisches Gebiet, sich beispielsweise am Rhein zu halten, so ist aller Voraussicht nach die totale Vernichtung Westeuropas um so gewisser, je länger ein unentschiedener Kampf dauert.

Die Doktrin der flexiblen Reaktion bei kriegerischen Verwicklungen in Europa, die von der Hoffnung lebt, es lasse sich mit beschränkten Einsätzen kleiner Atomwaffen eine Wendung zugunsten des Westens erzielen, ohne daß größere Waffen eingesetzt und die europäischen Völker dabei vernichtet würden, hat einen abenteuerlichen Charakter und könnte leicht in einer Katastrophe enden.

Der Westen hat bisher alle Vorschläge zur Abrüstung abgelehnt. Noch heute ist man der Meinung, daß weitreichende Atomraketen und Atombomben die einzigen rechtzeitig wirksamen Mittel seien, Westeuropa Schutz und Hilfe zu gewähren und außerdem in aller Welt eingreifen zu können. Die barbarische Strategie der sogenannten massiven Vergeltung mußte allerdings zu einer Zeit aufgegeben werden, da die Oststaaten ebenso vernichtend hätten zurückslagen können. Doch droht der allgemeine Nuklearkrieg nach wie vor und so lange, als diese Waffen weiterexistieren, obwohl sie niemandem etwas nützen können und für alle eine tödliche Bedrohung darstellen.

Mit ihrer Abwertung als brauchbares Kriegsmittel der Politik ist auch der Abschreckungswert der großen wie der kleinen Kernwaffen geschwunden. Von der Nato-Nuklearpolitik und ihrem Abschreckungseffekt ist demzufolge nicht viel zu halten. Denn daß Westeuropa weder durch den regional beschränkten noch durch den großen Nuklearkrieg militärisch geschützt wird, ist natürlich auch im Osten bekannt.

Daß der Osten den Nuklearkrieg eröffnet, ist aus verschiedenen schwerwiegenden Gründen höchst unwahrscheinlich. Abgesehen von allen politischen und humanitären Erwägungen, die bei der westlichen Nuklearstrategie leider ein so geringes Gewicht haben, wird der Osten auch deshalb verzichten müssen, weil seine Interessenlage ihm die Eröffnung des Nuklearkrieges verbietet. Er würde dadurch seine hauptsächlich in den Städten des Westens befindlichen Verbündeten vernichten, was sich mit seinen politischen Zielen keinesfalls verträgt. Außerdem wird der Osten mit Rücksicht auf den interkontinentalen Kampf die Kapazitäten Westeuropas schonen und erhalten müssen. Schließlich ist der Osten am nuklearen Krieg nicht interessiert, weil ihm der Erfolg bei geringerem Aufwand und den ungleich kleineren Risiken der gewöhnlichen Kriegsführung als einigermaßen sicher erscheinen muß. Daß der Osten den Krieg mit nuklearen Mitteln sowie den dritten Weltkrieg überhaupt vermeiden will, machen seine beharrlichen Bestrebungen, eine umfassende Abrüstung zu erreichen, deutlich.

Seit zwei Jahrzehnten wohnen wir dem gewagtesten Spiel bei, das je in der Geschichte der Menschheit mit dieser gespielt wurde. Derjenige, welcher als erster zur Kernwaffe greift, wird damit ein Kriegsverbrechen begehen, neben dem alle früheren, so entsetzlich sie sein mögen, verblasen würden.

* Siehe ASMZ Nr. 6/1974, S. 277 ff.

Es handelt sich darum, eine Strategie und Politik zu finden, die Westeuropa schützt und nicht vernichtet. Zur Vermeidung des Nuklearkrieges sind gewisse bescheidene, aber doch nicht zu unterschätzende Schritte getan. Das jüngste und vielleicht bedeutendste Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion hat folgenden Wortlaut (Auszug):

Artikel I

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten stimmen darin überein, daß das Ziel ihrer Politik die Beseitigung der Gefahr eines Nuklearkrieges und der Anwendung von Kernwaffen ist.

Dementsprechend kommen die Seiten überein, daß sie in entsprechender Weise handeln werden, um die Entwicklung von Situationen, die zu einer gefährlichen Zuspitzung ihrer Beziehungen führen können, zu verhindern, militärische Konfrontationen zu vermeiden und den Ausbruch eines Nuklearkrieges zwischen ihnen sowie zwischen jeder der Seiten und anderen Ländern auszuschließen.

Artikel II

Die Seiten kommen überein, entsprechend dem Artikel I und in Realisierung des in diesem Artikel genannten Ziels, davon auszugehen, daß jede Seite von Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung gegen die andere Seite, gegen die Verbündeten der anderen Seite und gegen andere Länder in Weltfrieden und -sicherheit gefährdenden Situationen Abstand nehmen wird. Die Seiten kommen überein, sich bei der Formulierung ihrer Außenpolitik und bei ihren Handlungen im Bereich der internationalen Beziehungen von diesen Überlegungen leiten zu lassen.

Artikel III

Die Seiten verpflichten sich, ihre Beziehungen zueinander und zu anderen Ländern so zu entwickeln, daß dies den Zielen des vorliegenden Abkommens entspricht.

Artikel IV

Sollten sich die Beziehungen zwischen den beiden Seiten oder zwischen jeder der Seiten und anderen Ländern zu irgendeinem Zeitpunkt so gestalten, daß das Risiko eines nuklearen Konflikts heraufbeschworen werden könnte, oder sollten sich die Beziehungen zwischen Ländern, die am vorliegenden Abkommen nicht beteiligt sind, so gestalten, daß das Risiko eines Nuklearkrieges zwischen der UdSSR und den USA oder zwischen jeder der Seiten und anderen Ländern heraufbeschworen werden könnte, werden die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten im Sinne des vorliegenden Abkommens unverzüglich dringende Konsultationen miteinander aufnehmen und alle Anstrengungen zur Abwendung dieses Risikos unternehmen.

Künftig immerhin mögliche Konflikte in Europa werden wahrscheinlich die Züge des revolutionären Krieges tragen. Bezuglich der Verluste und Zerstörungen die relativ humanste Variante des Krieges, dürfte der revolutionäre Krieg eher lokalen Charakter haben. Trotzdem trüge jede solche strategische Situation die akute Gefahr eines indirekten oder direkten Eingreifens der beiden interessierten Machtgruppen in sich.

Die allgemeine Vorstellung eines drohenden militärischen Großangriffes von Osten her hat vor der ungleich akuteren Gefahr des revolutionären Krieges zurückzutreten. Der militärische Großangriff des Ostens hat innert 30 Jahren nicht stattgefunden und wird auch in der Zukunft nicht stattfinden, weil es der Doktrin des Leninismus widerspricht, einen solchen vom Zaune zu brechen. Nicht durch einen Weltkrieg mit seinen durch nichts zu rechtfertigenden Verlusten und Risiken soll der Umsturz herbeigeführt werden, sondern primär durch politische und wirtschaftliche Kampfmittel sowie durch die relativ kleinen Mittel der revolutionären Gewalt.

Der Bürgerkrieg in Westeuropa wird aber erst und nur als Folge einer schweren Wirtschaftskrise akut werden. Eine Krise, wie wir sie um das Jahr 1930 hatten, würde, bedingt durch die heutige militärische Lage in Europa, anders als damals verlaufen und den revolutionären Umsturz zur Folge haben, ohne daß hierfür ein großer Krieg geführt werden müßte. Denn die Streit-

kräfte des Westens würden wenigstens teilweise durch innere Kämpfe absorbiert.

Daher handelt es sich darum, daß der Westen vor allen anderen Dingen eine schwere Wirtschaftskrise mit ihren gefährlichen Folgeerscheinungen vermeidet. Ein wirksames Mittel hiezu wäre die mit einem neuen intereuropäischen Modus vivendi verbundene gegenseitige Abrüstung, an welcher, bei Lichte betrachtet, der finanziell etwas überanstrengte Westen mindestens ebenso interessiert sein sollte wie der Osten.

Wenn auch nur die Hälfte jener 120 Milliarden Dollar der westlichen Militärbudgets anderen Zwecken zugeführt werden könnte, so wäre im Kampf gegen die Hauptgefahr, deren Bedeutung zu wenig Beachtung findet, ein großer Schritt getan. In Ländern, deren innere Festigkeit zerfällt, hat selbst eine perfekte militärische Rüstung nur noch wenig zu bedeuten.

Trotzdem sind im Westen starke politische Kräfte bestrebt, die Angebote des Ostens zu einem intereuropäischen Modus vivendi zu torpedieren, weil die Probleme des Klassenkampfes in Europa sowie die der Befreiungskriege außerhalb nicht eingeschlossen sind. Dabei wird vermutlich übersehen, daß sich das politische Leben und seine künftigen Entwicklungen keinesfalls vertraglich sterilisieren lassen, daß künftige soziale und nationale Konflikte in aller Welt niemals zum voraus ein für allemal auf reglementarischem Wege aus der Welt zu schaffen sind.

Es handelt sich ausschließlich darum, die nukleare Katastrophe und den dritten Weltkrieg überhaupt zu vermeiden, in welchem die Selbstzerfleischung der weißen Völker leicht in ihr endgültiges Stadium treten könnte.

Eine Politik des Kräftemessens und der Balance zwischen Krieg und Frieden, eine Politik also, die sich in erster Linie auf ihre militärischen Machtmittel stützt, darf nur derjenige betreiben, welcher an solchen Mitteln überlegen ist und bleibt.

Auf ein volles Glas können noch manche Tropfen aufgeschüttet werden, ohne daß es überläuft. Sie bilden dann eine Wölbung über dem Glase. Einmal aber kommt der Moment, wo es die hinzufließenden Tropfen nicht mehr aufnimmt, sondern überfließt, und nun fließt merkwürdigerweise nicht nur der letzte Tropfen, sondern die ganze Wölbung ab. Das ist das berühmte Phänomen der Planckschen Quantentheorie. Das geschichtliche Leben bildet Analogien dazu. Lange können die Kräfte einer bestimmten Entwicklung langsam wachsen und zu einer bestimmten Entscheidung drängen, ohne daß es doch zu ihr kommt. Sie scheint dabei überreif zu werden, sie erfolgt auch schlüsslich. Nun gehen aber die Wirkungen des letzten Tropfens, die sie auslöste, weit über seine ursprüngliche Bedeutung hinaus, und es kann im weiteren Fortgang dieser Wirkungen zu ungeahnten Katastrophen kommen.

(Friedrich Meinecke)